Redaktion, Verlag und Druck
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr. monatlich 12½ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 425. Abendblatt. Donnerstag, den 13. September. 1866.

Deutschland.

Berlin, 13. September. Se. Majestät der König begrüßte gestern Morgens die niederländischen Herrschaften bei der Ankunft in Berlin und empfing alsdann den Gegenbesuch des Prinzen Friedrich der Niederlande. Hierauf empfing der König den Stab des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin, welcher von der Main-Armee hier eingetroffen ist, und nahm dann die Vorträge des Civil- und Militär-Kabinets und des Geheimen Hofraths Borck entgegen. Wegen des ungünstigen Wetters gab es der König auf, sich wiederholt von dem französischen Photographen Delton photographiren zu lassen, ertheilte dem badischen Gesandten, Baron v. Türkheim, im Beisein des Unterstaats-Sekretärs v. Thile, zur Ueberreichung seiner Kreditive eine Audienz und wurde hierauf eine aus Nassau hier eingetroffene Deputation, welche ihre Freude über die Einverleibung des Herzogthums ausdrückte, empfangen. Um 5 Uhr erschienen die niederländischen Herrschaften zum Diner im Königlichen Palais und Abends besuchte der König mit seinen Gästen die Oper und nahm hierauf mit denselben den Thee ein.

— Der Minister des Innern hat bereits den Ministerial-Baurath beauftragt, einen Umbau des Saales im Abgeordnetenhause in der Art vorzunehmen, daß die Abgeordneten der annektirten Länder bereits im künftigen Herbst darin Platz nehmen können. Der Saal, welcher jetzt 375 Plätze hat, soll dahin erweitert werden, daß 435 Abgeordnete darin Platz finden. Der Umbau erfolgt provisorisch bis zur Vollendung des Neubaues der im Frühjahr in Angriff genommen werden soll, und wird mit diesem Umbau sofort nach Schluß der Session vorgegangen werden. Nach Beendigung der gestrigen Sitzung war bereits eine Ministerial-Kommission mit Aufnahme von Zeichnungen im Abgeordnetenhause beschäftigt.

— Auch der Veteranen des Invalidenhauses soll bei der Einzugsfeierlichkeit gedacht werden. Durch Deputationen vertreten, werden dieselben an beiden Tagen eine bequeme Aufstellung am Opernplatz erhalten und dann dem Tedeum im Lustgarten beiwohnen. Nachmittags findet in dem Invalidenhause selbst eine festliche Bewirthung sämmtlicher Insassen desselben statt.

— Es steht nunmehr fest, daß während der bevorstehenden Einzugstage der Armee die Ersatztruppen der Berliner Garnison, jedoch nur auf eine beschränkte Strecke, Spalier auf beiden Seiten bilden werden, dagegen auf der übrigen Linie die verschiedenen Gewerke, in unmittelbarem Anschluß an die Truppen, zu einer Chaine sich aufstellen. Vor dem Militär sowohl, als auch vor den Gewerken soll die Schuljugend in zwei Gliedern ihre Aufstellung erhalten.

— Das ewig Weibliche ist in unserer Residenz so stark vertreten, daß die ursprünglich festgestellte Zahl der Jungfrauen, die am Brandenburger Thor die einziehenden Truppen empfangen sollte, verdoppelt werden mußte. Aus 25 wurden 50, um nur einigermaßen dem großen Andrang von Jugend und Schönheit Genüge leisten zu können. Die Herren Stadtrath Friedberg und Stadtverordnete Vollgold und Winkelmann üben das Amt des Paris, und da diese Herren als gewiegte Praktiker bekannt sind, darf man hoffen, daß sie gut gewählt haben. Habt Acht! ihr tapfern Krieger, die ihr unverletzt Scalitz, Nachod und Königgrätz überstanden, daß ihr nicht als Sieger zurückkehrend an den Thoren der heimischen Hauptstadt besiegt werdet.

— Wie es heißt, werden vom nächsten Frühjahr die bereits begonnenen und noch zur Ausführung bestimmten Festungsbauten mit verstärkten Arbeitskräften wieder in Angriff genommen, um dieselben möglichst bald ihrem Ende zuzuführen. Es ist besonders hierbei eine Verstärkung der festen Plätze in's Auge gefaßt, mit Rücksicht auf die immer mehr sich verbessernden Schußwaffen aller Art.

— Auch der Abgeordnete Hr. John (Labiau) ist aus der Fraktion der deutschen Fortschrittspartei ausgetreten und hat seinen Austritt in folgendem, an ein Mitglied des Fraktionsvorstandes gerichteten Schreiben motivirt:

„Gemäß der Bestimmung des §. 48 der Geschäftsordnung für die Fraktion der deutschen Fortschrittspartei zeige ich hierdurch meinen Austritt aus der Fraktion an und ersuche Sie, diese meine Austritts-Erklärung der Fraktion mitzutheilen.

„Die Gründe, welche mich zu diesem Entschlusse bestimmen, sind in Kürze folgende:

„Als die Indemnitätsvorlage zur Verhandlung gelangte, erklärte sich in der Fraktionsversammlung eine geringe Majorität gegen die Indemnität. Die Fraktion beschloß hierauf, diese prinzipiell und politisch wichtigste Angelegenheit als eine offene Frage zu behandeln. Demnach sprachen und stimmten im Plenum Mitglieder der Fraktion für und gegen die Indemnität.

„In ähnlicher Weise sprachen und stimmten gelegentlich der Berathung des sogenannten Annexionsgesetzes Mitglieder derselben Fraktion theils für, theils gegen die Inkorporation.

„Diese Thatsachen beweisen, daß unter den Mitgliedern der Fraktion „die Einheit politischer Grundsätze" (§. 6 der Geschäftsordnung für die Fraktion der deutschen Fortschrittspartei), welche die Vorbedingung für die Existenz jeder politischen Partei und jeder parlamentarischen Fraktion sein muß, nicht mehr vorhanden ist.

„Es wird mir unmöglich, dazu beizutragen, den Schein zu erhalten, wo das Wesen fehlt; ich muß vielmehr darauf verzichten, Mitglied einer Fraktion zu heißen, welche meiner Ansicht nach zur Zeit eine parlamentarische Fraktion nicht mehr ist.

Berlin, 10. September 1866.

Dr. John (Labiau)."

— Die gestern vom Könige empfangene Deputation ist gewählt von einer am 9. d. M. in Wiesbaden zusammengetretenen Versammlung vormaliger nassauischer Ständemitglieder, um dem Könige für die Aufnahme Nassau's in die preußische Monarchie zu danken und das Vertrauen auszusprechen, daß über das Domanial-Vermögen nicht einseitig im Interesse der depossedirten Dynastie, sondern in dem der preußischen Monarchie und dem des einverleibten Landes, welche sich untereinander und mit den Grundsätzen des historischen Rechtes in voller Uebereinstimmung befinden, verfügt werden. Das Domanial-Vermögen von Nassau wirft jährlich 2,400,000 Gulden brutto und 1,100,000 Gulden netto ab. Würde dasselbe dem Herzog Adolph überwiesen, so würde nicht nur das öffentliche Recht gekränkt, sondern auch den depossedirten Dynastien die Möglichkeit gegeben sein, das Land politisch zu unterjochen und wirthschaftlich zu ruiniren. Die Deputation besteht aus dem vormaligen Präsidenten der zweiten Kammer, Dr. Braun, und den Herren v. Schwartzkoppen, Diltbey und Giebeler, vormals Mitglieder der ersten, sowie den Herren Knapp, Hesse und Wagner, vormals Mitglieder der zweiten Kammer.

Berlin, 12. September. Die heutige (17.) Sitzung des Hauses der Abgeordneten wurde vom Präsidenten v. Forckenbeck 10 Uhr 20 Minuten eröffnet. Am Ministertische: Graf Bismarck, v. d. Heydt und drei Regierungskommissare. Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen wird in die Tagesordnung, in die Spezial-Berathung über das Wahlgesetz für den norddeutschen Bund eingetreten. §. 1 der Kommissions-Vorschläge lautet: „Zur Berathung der Verfassung und der Einrichtungen des norddeutschen Bundes soll ein Reichstag gewählt werden." Der Berichterstatter Abgeordneter Twesten verzichtet auf das Wort.

Ministerpräsident Graf Bismarck. Meine Herren! Die Königliche Staats-Regierung hat gestern an der Diskussion nicht Theil genommen, nachdem der Herr Berichterstatter und der Herr Abgeordnete Simson dasjenige, was die Regierung zur Vertretung ihres Standpunktes und ihrer Vorlage hätte sagen können, in beredtern Worten dargelegt haben, als sie mir zu Gebote gestanden hätten. In Bezug auf die Amendements muß ich mir einige Bemerkungen erlauben, wobei ich, indem ich Artikel 1 der Kommissionsfassung dazu rechne, doch über ihn hinausgreifen muß mit einigen Erwägungen, welche auf die Gesammtheit der Amendements ihre Anwendung finden. Wir sind in dem der Vorlage angehefteten Bündnißvertrag mit den Regierungen, welche ihn vollständig angenommen haben, dahin übereingekommen, daß alle verbündeten Regierungen gleichzeitig die auf Grund des Reichswahlgesetzes vom 12. April 1849 vorzunehmenden Wahlen anordnen und das Parlament einberufen wollen. Diese Verpflichtung wird in demselben Maße anfechtbar, in welchem man sich von dem Texte des Reichswahlgesetzes entfernt. Die Königliche Staats-Regierung hat deshalb bei ihrer Vorlage sich so genau, als es die veränderten Verhältnisse zu erlauben schienen, an den Text jenes Gesetzes angeschlossen und auch Manches beibehalten, worauf sie von Hause aus von selbst vielleicht nicht verfallen sein würde, gerade weil die Verpflichtung der übrigen Regierungen genau auf dieses Gesetz lautete und weil, wenn bei den übrigen Regierungen und ihren Landständen nicht eine lebhaftere Bereitwilligkeit, auf die ganze Sache einzugehen, vorhanden ist, als sie sich zum Theil in dieser Versammlung gezeigt hat, sie leicht Vorwände und vielleicht auch triftige Gründe aus jeder Aenderung herleiten könnten, um ihrerseits dem von uns Allen gewünschten Werke Hemmnisse zu bereiten. Von einigen dieser Regierungen sind mir bereits amtliche Schriftstücke zugegangen, in welchen die Befürchtung ausgesprochen wird, daß etwaige Aenderungen und Zusätze zu dem Gesetze sie ihrerseits nöthigen würden, den veränderten Text ihren Ständen ebenfalls nochmals vorzulegen. Nun bin ich weit entfernt, das Gewicht aller dieser Ständeversammlungen mit dem der preußischen Landesvertretung gleich zu stellen; aber theoretisch wird ein solches Recht, wie es hier in Anspruch genommen wird, Zusätze zum Texte des Gesetzes zu machen, auch den kleineren Versammlungen nicht bestritten werden können, und wenn eine Regierung sich aus diesem bequemen Vorwande auf bloßen Widerstand zurückzieht, so kommt die preußische Regierung in große Verlegenheiten. Soll sie ohne die Zustimmung aller jener Regierungen vorgehen? Soll sie einzelne von denjenigen, welche uns doch treue Bundesgenossen gewesen sind, mit Vergewaltigung bedrohen? Beides hat seine Schwierigkeiten oder doch seine Uebequemlichkeiten. Namentlich sind die beiden Mecklenburg schon jetzt nicht in der Lage gewesen, so unbedingt wie die übrigen Bundesstaaten sich dem Vertrage anzuschließen, da erst die Einwilligung ihrer Stände zu beschaffen ist. Deswegen hat mit beiden Mecklenburg ein besonderer Vertrag abgeschlossen werden müssen, in dessen Art. 6 alle §§ des Bündnißvertrages schon jetzt acceptirt werden, für §. 2 und 5 aber die Zustimmung für später vorbehalten wird. Es ist nicht denkbar, daß beide Mecklenburg sich mit dem ganzen übrigen Norddeutschland so in Opposition setzen werden, daß sie sich einer gemeinschaftlichen Einrichtung auf die Dauer entziehen; aber wir dürfen den etwaigen Widerstand, der in jenen Ländern gegen den guten Willen der Regierungen vorhanden ist, und die Neigung, von dem Bündniß wieder abzugehen, nicht erleichtern. Die Abweichungen der Kommissions-Vorlage von der Regierungs-Vorlage und die Amendements tragen im Ganzen des Stempel des Art. 1, über welchen wir so eben berathen, und der sich vom ursprünglichen Gesetzestext dadurch unterscheidet, daß er das Wort „Vereinbarung", was doch neben den Berathungen als Aufgabe des Parlaments bezeichnet war, weggelassen hat. Die Königl. Staatsregierung hat dieser Aenderung im Geiste des Gesetzes nicht widersprechen wollen, weil sie befürchtete, durch ihren Widerspruch dasjenige, wie ich versichern kann, ungegründete Mißtrauen neu zu nähren, welches die Quelle dieses Art. 1 vielleicht gewesen ist. Wenn ich etwa vier Jahre zurückdenke an die Zeit, wo ich zuerst die Ehre hatte, als Minister vor sie zu treten, so erinnere ich mich, in einem der bedeutenderen Blatter des Nationalvereins den Ruf nach einer Diktatur für die deutsche Politik gelesen zu haben. Das Verhalten des Hauses und der Amendementsteller scheint zu zeigen, daß Sie, entfernt von Uebereinstimmung mit diesem Rufe, fürchten, daß zu diktatorisch aufgetreten werde und sich dagegen verklausuliren wollen. Die Neigung, partikularistische Rechte dem gesammten Gemeinwesen gegenüber zu verklausuliren, ist ein eigenthümlicher Charakter des deutschen Volkes und eine der bedeutendsten Schwierigkeiten für die Einigung Deutschlands gewesen. Wie weit wir von diktatorischen Gelüsten entfernt sind, zeigt der Eindruck, welchen die gestrige Diskussion auf ein Berliner Morgenblatt, welches mir zufällig vorgelegt worden ist, gemacht hat, in welchem gesagt wird, die Debatte mache den Eindruck, als ob das Abgeordnetenhaus mit einer gewissen Eifersucht und zweifelhaften Gefühlen auf den Reichstag blicke, es wolle ihm nur eine berathende Stellung anweisen. (Der Minister verliest den Passus aus einem Zeitungsblatt.) Wenn verlangt wird, daß die Bundes-Verfassung dem preußischen Landtage vorgelegt werden soll, so könnten die andern Landtage denselben Anspruch erheben. Ich mache diese Bemerkung nicht, um Art. 1 direkt anzufechten, wohl aber, um von der Regierung die Verantwortlichkeit für die Schwierigkeiten und Verzögerungen, welche aus dieser Einschränkung hervorgehen könnten, abzulehnen. Aber die Regierung zieht es vor, diesen Schwierigkeiten in der Hoffnung, sie zu überwinden, die Spitze zu bieten, als jenem alten Mißtrauen aufs Neue Nahrung zu geben. (Beifall.)

Abg. Schulze (Berlin.) Der Hr. Ministerpräsident sagt, das Parlament ad hoc solle nur eine berathende Stimme haben. Aber etwa in dem Sinne, daß die Regierungen von seinen Beschlüssen ganz absehen könnten? Sei da nicht abermals Deutschland in Gefahr zu zerfallen. Zwar sei durch die Beschränkung auf Norddeutschland der Gegensatz zwischen Nord- und Süddeutschland beseitigt, aber auch so bilde der neue Bund, der bloß im Militär- und Consularwesen eine straffe Organisation bilde, eben nur einen Bund nicht einem Bundesstaat. Die Reichsverfassung, die auch heute noch passe, hätte allen diesen Uebelständen abgeholfen, so aber habe man in diesem Augenblick, wo der Widerstand der Fürsten so gänzlich gebrochen sei, viel zu wenig erlangt. Daß der König von Preußen das Oberhaupt des Bundes sein müsse, darüber sei alles einig. Auch das Volk habe ihm durch ein Votum dieselbe zugesprochen, das wahrlich größeren Werth habe, als die Volksabstimmung, durch die der Herrscher von Frankreich seinen Staatsstreich zu sanktioniren suchte. (Sehr gut.) Aber auch die Grundrechte in der Reichsverfassung hätten wohl eine Beachtung verdient nur durch Freiheit käme man zur Einheit! Er hoffe deshalb auch daß die Staats-Regierung bald in die von ihm bezeichneten Bahnen eintrete. (Bravo links.)

Ministerpräsident Graf Bismarck. Ich habe bei dem Herrn Vorredner vor allem positive Vorschläge vermißt, die ein gemeinsames Wirken von Regierung und Landesvertretung ermöglichten, positiv war nur die Auslassung des Herrn Vorredners über die Grundrechte, die ich als nicht zu meinem Ressort gehörig betrachte. (Heiterkeit.) Dagegen erlaube ich mir zur Aufklärung einiges zu den Worten des Herrn Vorredners hinzuzufügen. Meine Herren: Was zuerst den Dualismus betrifft, so bedenken Sie wohl, daß wir damals im Frieden, die ganze Sache zu ordnen suchten und nur weil wir sahen daß ohne Krieg Preußen die Führung des ganzen Deutschlands nicht erreichen werde, schlugen wir jene militärischen Einrichtungen vor. Aber auch so wäre durch die übrigen nicht militärischen Anordnungen ein hinglänglich festes Band der Einheit gewährt worden. Der Hr. Abgeordnete hat nachher das jetzt Erreichte oder Erstrebte kritisirt als zu gering. M. H.! Es ist immer das günstigste Feld der Opposition gegen die Regierung gewesen, daß man für das, was im Augenblick nicht erreichbar war, der Regierung die Schuld aufbürdete. Ich kann darauf nur erwiedern, daß wir vielleicht Besseres erreicht hätten, wenn Sie diese Politik mit Entschiedenheit unterstützt hätten (Bravo rechts), und wenn wir, gebunden an Händen und Füßen, wie wir waren, dennoch diese Resultate haben gewinnen können, so berechtigt das diejenigen, die dieser Politik ein wesentliches Hinderniß gewesen, am wenigsten zu einer solchen Kritik. Der Herr Abgeordnete tadelte unter Anderm, daß in dem Bundestage nur von der Konsularvertretung die Rede sei, die auf Preußen allein übergeht, während das Recht der diplomatischen Vertretung im Auslande jenen Regie ungen bleibe. Meine Herren! Sie überschätzen die Bedeutung der Diplomatie, wenn Sie eine solche Forderung aufstellen. Ich erinnere mich, daß 1848 und 1849 die günstigste Zeit gerade für Verhandlungen über diesen Gegenstand mit den Fürsten verloren ging. Die Regierungen legen gerade auf dies ihr Ehrenrecht ein unverhältnißmäßiges Gewicht und verstehen sich zu seiner Abtretung gerade am allerschwersten. Ich sage ein „unverhältnißmäßiges" Gewicht, denn wenn die Stellung eines Landes wirklich so bedeutend ist, daß das Ausland Rücksicht auf dasselbe nehmen muß, so wird ein Offizier, ein Kaufmann, ein Privatmann genügen, diesen Verkehr zu vertreten, und der Fürst kann, wen er will, im unscheinbaren Gewande empfangen; ist aber die Stellung des betreffenden Fürsten nicht von der Bedeutung, so mag er immerhin Botschafter schicken, das thut nichts; seine eigenen Stände werden sehr bald diesen kostspieligen Luxus beseitigen. (Heiterkeit.) In dieser Beziehung auch nur um ein Haar mehr fordern, als man zur Basis künftiger praktischer Entwickelung braucht, halte ich immer für einen Fehler, der sich straft. Für eine Landesvertretung ist es leicht, Regierungsvorlagen zu korrigiren und dann die Verantwortlichkeit für die Wirkung derselben dem Minister des Auswärtigen zu überlassen. Wie sehr Sie aber diese Sache dadurch erschweren, daß Sie sich lossagen von der Verantwortlichkeit, das kann nur der fühlen, der mitten in diesen Verhältnissen steht. Der Herr Vorredner hat gesagt, daß der Sieg auf dem politischen Gebiete nicht genug ausgebeutet sei. Ja, meine Herren, über die Tragweite eines Sieges kann man sich leicht irren; ob wir uns geirrt haben, wird erst die Zukunft zeigen. Es muß der späteren Geschichte vorbehalten bleiben, alle die Momente aufzuklären, die dabei mitgewirkt haben, und wenn Sie die alle kennen, glaube ich, wird man uns zugestehen, daß wir eine ziemlich kühne Politik gemacht haben. Man kann da sehr leicht die Linie überschreiten, wo die weitere Ausbeutung des Sieges in eine blinde Zuversicht ausartet, die Alles aufs Spiel setzt und die dann kaum mehr Muth, sondern Waghalsigkeit genannt werden dürfte. Ich habe schon angedeutet, wir glauben in den Ergebnissen des Krieges die Grundlagen dessen zu besitzen, was wir brauchen, um feste, dem nationalen Gefühle entsprechende Anordnungen zu treffen. Nichtsdestoweniger ist das Beste der Feind des Guten; aber Rom ist nicht an einem Tage erbaut worden, und nicht bloß Rom, sondern auch geringere politische Schöpfungen erfordern eine längere Zeit und längere Vorbereitungen. Wenn der Herr Vorredner mit mir auf derselben Seite des Hauses oder der politischen Welt sich befände, so würde er diese Wahrheit mit mehr Billigkeit anerkennen, als aus seinem ausgesprochenen Tadel zu entnehmen war. (Beifall.)

Abgeordneter Achenbach vertheidigt den § 1. — Abgeordneter Dr. Virchow: Die Königliche Regierung treibe nicht die Politik seiner Partei; sie berühre sie nur in einigen Punkten. Er erkenne die wunderbaren Folgen der Politik der Regierung an, könne aber nicht finden, daß sie zum Heile für Deutschland ausschlagen werden. Hätte er die Ueberzeugung, daß der Weg der Regierung zur Einigung führe, so würde er sich sofort zum Partisan der Regierung machen. Das Haus möge die Vorlage ablehnen und dadurch die Regierung zwingen, ein Gesetz vorzulegen, welches die Grundzüge über die Befugnisse des Parlaments und der deutschen Reichsverfassung enthalte. — Der Minister-Präsident weist auf die Schwierigkeiten hin, die deutsche Reichsverfassung im preußischen Abgeordnetenhause zu machen. Der Vorredner habe seit vier Jahren über die Politik der Regierung stets das Gegentheil von dem propezeiht, was eingetroffen sei. (Heiterkeit.) Er möge sich nur getrost der Politik der Regierung anschließen. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt. — (Graf zu Eulenburg und v. Selchow erscheinen.) — Abgeordneter John (Labiau) empfiehlt die Annahme, Abgeordneter Schulze (Berlin) spricht noch einmal gegen § 1. — Abgeordneter Dr. Waldeck empfiehlt die Annahme. Er stimme für die Vorlage, weil sie auf demokratischer Grundlage beruhe, sowie auf dem Prinzip der allgemeinen Urwahlen. Revolutionspolitik sei Dilettantenarbeit, die Arbeit des Hauses bestehe in der Wahrung der Volksrechte. Die Kompetenz des Bundestages müsse lediglich auf eine Berathung beschränkt werden. Das Haus dürfe sich keins von den Rechten nehmen lassen, die es vertheidige. Es sei in diesem Falle für die freiheitliche Entwickelung weit besser, wenn man bei dem Minimum beibe. — Der Minister-Präsident konstatirt, daß der Regierung das Amendement Bethusy-Huc lieber sei, als der Kommissionsantrag, weil es sich mehr dem Texte der Verträge anschließe. Der Widerstand der übrigen Staaten werde materiell nicht bedeutend sein, aber er schlage den rechtlichen Widerstand nicht gering an. Auch komme die Zeitlage in Betracht, so daß man auf den materiellen Widerstand auch Gewicht legen müsse. Der Befürchtung, daß die Machtvollkommenheit des preußischen Abgeordnetenhauses durch das deutsche Parlament gelähmt werde, sei entgegen zu halten, daß das letzte ja in seiner großen Mehrheit aus Preußen bestehen werde, etwa 238 von 290. Was das Maaß der Annexion anlangt, so hinge dieses wesentlich von der Konstellation der Mächte in dem Augenblick der Entscheidung ab. Daß es für den Fall eines Sieges ganz ohne Annexion abgehen würde, habe er allerdings nicht geglaubt. (Bravo.) Die Diskussion wird geschlossen und nach einigen persönlichen Bemerkungen und dem Resumé des Referenten zur Abstimmung geschritten. Das Amendement des Abgeordneten Gr. Bethusy-Huc wird abgelehnt, § 1 in dem Kommissions-Vorschlage angenommen. Ohne Diskussion werden die §§ 2, 3 und 4 nach den Kommissions-Vorschlägen genehmigt.

Nach Annahme der §§ 1, 2, 3, 4, die wir bereits gestern mittheilen

konnten, schritt das Haus zur Diskussion über § 5 des Kommissions-Entwurfes. Dazu hat der Abgeordnete Groote des Amendement gestellt, zu Alinea 2 dieses Paragraphs statt der Worte: „Verbüßte oder durch Begnadigung ꝛc." zu setzen: „Politische Verbrechen und ihre rechtlichen Folgen, schließen von der Wahl nicht aus." Es erhält dazu das Wart.

Abgeordneter v. Vincke-Olbendorf: Als das Amendement des Abgeordneten Groote gestern verlesen wurde, traute ich meinen Ohren kaum, ich habe aber zu meinem Erstaunen dieselben Worte jetzt vor meinen Augen. Meine Herren! Hiernach könne also ein Hochverräther einen Landesvertreter vielleicht in der Zeit zwischen seinem Todesurtheile und seiner Hinrichtung noch zum Parlamente wählen. Ich glaube, es braucht kein Wort darüber verloren werden. Aber ich habe heute in einer Zeitung aus dem Wahlkreise, dem der Abgeordnete angehört, einige Ausführungen gelesen, die mir in Verbindung zu stehen scheinen, mit den Worten, die er gebraucht hat. Lesen Sie dazu, meine Herren, (Redner spricht mit sehr bewegter Stimme) in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitnng" die Klagen eines aus dem Kriege heimgekehrten Landwehrmannes über den Empfang, der ihm in Düsseldorf geworden, nachdem er zuletzt auf dem Heimmarsche die größten Strapazen durchgemacht — (Unterbrechung; Ruf links: zur Sache! zur Sache! Redner will fortfahren, wird aber durch denselben Ruf unterbrochen). Meine Herren, ich meine zur Sache zu sprechen, weil ich glanbe, daß solche Erscheinungen in Zusammenhang stehen mit Grundsätzen, die durch die Presse verbreitet werden. Es heißt also in der „Norddeutschen Zeituug" — Redner will vorlesen; Wiederholter Ruf zur Sache! zur Sache!).

Präsident: Ich bitte den Redner nicht zu unterbrechen; im Uebrigen kann ich allerdings nicht anerkennen, daß dies zur Sache gehört.

v. Vincke-Olbdndor: Dann verzichte ich auf das Wort.

Abgeordneter Ziegler: Ich hätte nicht das Wort ergriffen, wenn nicht der Herr Vorredner mit so großer Wärme gesprochen; aber seine Leidenschaftlichkeit zwingt mich, die Sache auch von der anderen Seite zu beleuchten. Redner legt darauf die Entstehung der Strafe des Verlustes der bürgerlichen Ehrenrechte dar, erwähnt, daß er selber 10 Jahre derselben verlustig gewesen (rechts Aha! und zur Sache!) wegen Verweigerung der Steuern, und spricht sich schließlich für das Amendement aus. (Redner wird wiederholt von der rechten Seite durch den Ruf: zur Sache! unterbrochen.)

Präsident: Ich möchte doch die Versammlung bitten, mir selber die Entscheidung darüber zu überlassen, ob der Redner zur Sache spricht oder nicht.

Abgeordneter John (Labiau): Das Amendement verdient gar nicht die strenge Beurtheilung, die es hier von einer Seite erfahren hat. Wollte das Haus dasselbe annehmen, so würde darnach Jemand, dem wegen politischer Verbrechen die Ehrenrechte aberkannt sind, sehr viele andere Rechte verlieren, z. B. als Geschworener, als Zeuge ꝛc. ꝛc. zu fungiren, aber das zum Parlamente zu wählen, würde er behalten. Darin liegt ein so großer Widerspruch, daß aus diesem Grunde das Gesetz nicht angenommen werden kann. Man mag ja beklagen, daß solche Bestimmungen überhaupt in unseren Gesetzen vorhanden sind, aber die Korrektur derselben muß man an einer anderen Stelle suchen.

Abg. Groote: Es haben die Bemerkungen, die Herr v. Vincke gegen mich sich zu machen erlaubt hat, mir die Nothwendigkeit auferlegt, einige Gegenbemerkungen zu machen. Ich erkläre demgemäß, daß ich mit den Thatsachen, deren er erwähnt hat, nicht in der mindesten Verbindung stehe. Es sind das Sachen, die in der „Rheinischen Zeitung" vorgekommen sind, und so sehr ich das Blatt sonst schätze, (Murren rechts!) so muß ich doch hinzufügen, daß ich mit dem Standpunkte, den dasselbe in manchen Fragen eingenommen, namentlich vor dem Kriege, nicht einverstanden war. Ich habe viele Fehler, meine Herren, das gestehe ich zu; ich bin in einer Lage, die es mir nicht gestattet, mit großen Machtmitteln meinen Gegnern gegenüber zu treten. Ich bin in diese Lage hauptsächlich dadurch gekommen, daß ich für meine politischen Anschauungen eintrat. Aber zwei Dinge nehme ich in Anspruch, das ist einmal die Ehrlichkeit meiner Gesinnungen, und dann das offene Aussprechen derselben. (Bravo links!)

Abg. Gr. Schwerin spricht sich in demselben Sinne wie der Abg. John für Abweisung des Amendements aus.

Abg. v. Vincke-Olbendorf: Ich habe nur das Wort erbeten, um einmal dem Herrn Abg. Ziegler zu sagen, daß ich weit davon entfernt war, ihm irgendwie nahe treten zu wollen. Dem Abg. Groote danke ich für seine Erklärung, und freue ich mich, dadurch Gelegenheit gewonnen zu haben, meine Ansichten über ihn zu ändern.

Berichterstatter Abgeordneter Twesten vertheidigt den Kommissions-Entwurf.

Abg. Groote zieht sein Amendement zurück. Es werden darauf in getrennter Abstimmung beide Sätze des Kommissions-Entwurfes angenommen, sowie die §§. 6, 7, 8, 9 und 10. (Schluß folgt.)

München, 11. September. Gestern ist der König hier eingetroffen; es war große Familientafel hier angeordnet; König Otto mit Gemahlin befinden sich hier, so wie sämmtliche Prinzen des Hauses. — Die auf die Kriegsdauer angestellten Offiziere (gegen 400) sind entlassen gegen eine Abfindung von 600, bez. 800 fl., die vierten und fünften Bataillone wieder aufgehoben, Beurlaubungen im größten Maße angeordnet. Im Kriegsministerium werden inzwischen Vorbereitungen zur Einführung des preußischen Wehrsystems mit den für Baiern nöthigen Modifikationen getroffen.

— Die „Bad. Landes-Z." bringt folgende interessante Enthüllung aus München vom 8. September: „Ich erfahre so eben aus bester Quelle, daß von Wien aus die Beziehungen zwischen Oesterreich und Süddeutschland durch die Errichtung eines amtlichen Korrespondenzbureaus wieder angeknüpft werden sollen. Stuttgart ist als Anlageort dieser Filiale des Wiener Telegraphen-Korrespondenzbureaus ausersehen und wird das Geschäft in majorem Austriae gloriam mit nächstem seinen Anfang nehmen. Man scheint zwischen Stuttgart und der hiesigen Stadt geschwankt zu haben, ersteres aber jetzt endgültig zum Hauptheerd aller österreichisch-süddeutschen Bemühungen auserkoren zu sein. Vielleicht, daß die unliebsame Strömung, welche die Mehrheit des bayerischen Volkes in letzter Zeit gewonnen, uns die Gnade des Wiener Preßbureaus verscherzt und der äußerst gesinnungstüchtigen schwäbischen Residenz diesen Vorzug zugewendet hat.

München, 12. September. Auf Anregung des baierschen Abgeordneten Barth hat der Vorstand des Ausschusses des deutschen Abgeordnetentages den Ausschuß auf nächsten Sonntag nach Berlin berufen, um die allgemeine politische Lage zu berathen.

Wien, 11. September. Der Oberst Alexander Benedek vom 34. Infanterie-Regimente ist zum Generalmajor, Kontre-Admiral v. Petz zum Kommandanten der Marine-Akademie ernannt. Der „Armee-Generalgewaltige" (Generalprofoß) Oberst Nadosy v. Nadas hat den Charakter als General-Major erhalten.

Ausland.

Paris, 10. September. Man versichert jetzt, der Fürst Gortschakoff habe ein Rundschreiben erlassen, worin er die Sache Hollands, das sich weigert, Limburg und Luxemburg ferner im deutschen Bunde zu lassen, Preußen gegenüber vertrete, welches den Austritt Luxemburgs aus Deutschland nicht zugeben will. Das Rundschreiben soll gegen den „Mißbrauch der Gewalt" und das „Eroberungsrecht" protestiren, das man als den gesetzlichen Schiedsrichter der Geschicke der Staaten und Völker betrachte. Wir wagen es nicht zu entscheiden, ob an diesem Gerüchte etwas Wahres ist, aber jedenfalls wäre es eine sehr merkwürdige Erscheinung, wenn Rußland als der Vertreter der Sache des Rechts und der nationalen Integrität aufgetreten wäre.

— Heut verbreitete sich hier die Nachricht als ganz gewiß, die Pforte habe endlich eingewilligt, den Prinzen Karl von Hohenzollern als erblichen Fürsten der Donaufürstenthümer anzuerkennen.

Paris, 10. September. Wie es heißt, ist Desmaze zum neuen Direktor des Preßdepartements bestimmt. Desmaze ist Appellationsrath in Paris und fungirte vor etwa zehn Jahren als Direktor der allgemeinen Sicherheit im Ministerium des Innern.

London, 10. September. In Frogmore-House im Windsorparke werden Vorbereitungen für den Empfang von Prinz und Prinzessin Christian von Augustenburg getroffen.

Italien. In Rom macht eine in Neapel erschienene, eben in der ewigen Stadt verbreitete Broschüre „La verita à papa Pio nono", viel Aufsehen. Der Verfasser, Herr Bertocchini, räth dem Papst eine Aussöhnung mit Italien dringlich an, einen Schritt, der für die Religion für die Kirche und die Gläubigen unermeßliche Vortheile haben würde. Pius selbst möge die Einheit Italiens vollenden und diesen Ruhm seinem Nachfolger nicht lassen; eine Weigerung des Papstes würde für die Religion und für das alte Papstthum verhängnißvoll werden. Italien wolle sich gern mit dem Papstthum aussöhnen, aber auf seine nationalen Wünsche, für die es so viele Opfer gebracht, nicht verzichten. Die Broschüre ruft eine um so größere Aufmerksamkeit hervor, als Herr Bertocchini zu den strenggläubigen Katholiken gehört und wegen seiner Ergebenbeit für das Papstthum bekannt ist.

Portugal. Die portugiesische Regierung zeigt eine besondere Thätigkeit auf militärischem Gebiete. Gegenwärtig beschäftigt sie sich mit einer Aenderung im Vertheidigungs-System der Hauptstadt. Ein Königliches Dekret eröffnet dem Kriegs-Ministerium einen Kredit, der für diese Arbeiten, sowie für die Einrichtung eines Instruktions-Lagers verwendet werden soll.

Stockholm. Einige Blätter machten die Mittheilung, daß die schwedische Regierung in einer Cirkular-Note an ihre diplomatischen Vertreter im Auslande gegen die „preußischen Annexionen" formell protestirt habe. Die „Posttidnengen", das offizielle Organ des Stockholmer Kabinets, dementirt diese Nachricht auf das Entschiedenste. Ebenso erklärt das Blatt die Behauptungen der italienischen Blätter, daß die schwedische Regierung nach der Schlacht bei Lissa den Kaiser von Oesterreich beglückwünscht habe, für unrichtig. Das Stockholmer Kabinet habe überhaupt Keiner der kriegführenden Mächte einen Glückwunsch ausgesprochen.

Newyork, 1. September. In Philadelphia treffen bereits Abgesandte zu der Radikalen-Konvention ein; auf einer gestern stattgefundenen Zusammenkunft derselben wurden Reden gegen den Präsidenten gehalten. Von Wendell Philips wird derselbe im „Anti-Slavery Standard" aufs heftigste angegriffen und der Kongreß aufgefordert, „den meineidigen Usurpator und Verräther" abzusetzen. Auch General Buttler griff ihn auf einer Versammlung der Radikalen zu Gloucester heftig an und bemerkte u. A., wenn der Norden nicht standhaft zum Kongreß hielte, würde man bald die Arbeit der letzten vier Jahre von neuem zu beginnen haben.

Mexiko. Die Meldungen aus Mexiko lauten übereinstimmend so ungünstig, daß sich vorgestern in Paris das Gerücht verbreitete, die Nachricht von der Einschiffung des Kaisers Maximilian nach Europa sei eingetroffen.

Pommern.

Stettin, 13. Sept. Heute Morgen wurde vom Dampfschiff „Sonne" ein Boot herabgelassen; es riß aber dabei ein Tau und stürzte das Boot in ein anderes, darunter am Schiffe liegendes, in welchem sich der Steuermann der Sonne befand. Letzterer wurde erheblich, wenn auch nicht lebensgefährlich, im Kreuz verletzt.

— Von gestern bis heute sind an der Cholera vom Civil im 1. Pol.-Rev. erkrankt 1, im 4. Revier erkrankt 1, gestorben 1; vom Militär gestorben 1, zusammen resp. 2 und 2.

— Den Glanzpunkt des gestrigen Festes bildete das Festmahl in Gotzlow, welches die Stadt den rückkehrenden Truppen bereitet hatte. Vier Festdampfe führten die Behörden der Stadt nebst ihren Gästen, dem Offizierkorps und den Vertretern der übrigen Mannschaften nach Gotzlow hinab. Die Schiffe hatten geflaggt und begrüßten den Zug laut durch Zurufe und Schüsse. Um 5 Uhr landete die Festflotte in Gotzlow und nahm in dem mit Waffen geschmückten und von Lampen reich erhellten Zelte des Herrn Urtel an den zahlreich aufgestellten Tischen Platz. Die Erinnerung an die herrlichen, unter Gottes Hülfe errungenen Siege gab dem Feste seine begeisterte Weihe, die Einigkeit von Bürger und Krieger, die im Kriege bewährte und erprobte Kameradschaft von Hoch und Gering gab ihm die ungezwungene Haltung, endlich die Fr ude über die Erfolge und über die Rückkehr aus dem Kriege erzeugte den frischen, fröhlichen Geist, der die ganze Versammlung von etwa 700 Mitgliedern beseelte und der bei den Hochs auf Se. Majestät den König, auf Se. Königl. Hoheit den Prinzen Friedrich Karl, auf das tapfere Heer und auf die Stadt Stettin in lauten Jubel ausbrach.

Die Tischgesellschaft saß vollständig gemischt, die Wirthe unter ihren Gästen und von den Militärs alle Chargen durcheinander. General Herwarth von Bittenfeld brachte den Toast aus auf den König und das Königliche Haus. Hier anknüpfend las der Ober-Bürgermeister Hering eine Depesche Sr. Königl. Hoheit des Kronprinzen vor, worin derselbe seinen Dank für die Einladung und sein Bedauern nicht anwesend sein zu können, ausspricht. Darauf folgte der Toast des Ober-Bürgermeisters auf die Armee und die anwesenden Gäste, der des Generals von Werder auf die Stadt Stettin und schließlich des Stadtverordneten-Vorstehers Saunier auf das preußische und deutsche Vaterland.

Um 8 Uhr Abends ward die Tafel aufgehoben und die Rückfahrt angetreten. Ueber 20 Dampfschiffe reich geschmückt mit Lichtballons hatten sich eingestellt, unzählige Boote füllten die Zwischenräume aus. Das mit einem Lichtkreuze geschmückte Schiff Nymphe übernahm die Führung des Festzuges von den 4 Festschiffen gefolgt, das Schiff des Lootsen-Kommandeurs Sirene führte die weitere Flotte, welche einem Lichtmeer gleich die Oder hinaufschwamm, die Liedertafel und zahlreiche Musikchöre stimmten die Nationalhymne an und erhöhte die Stimmung der zahlreichen Gäste.

Die Ufer der Oder waren auf das reichste geschmückt. Lichtballons, Feuerwerke, große Flammenfener erhellten die Ufer und wechselten mit zahlreichen bengalischen Flammen aller Farben. Die hochgelegenen Villen Frauendorfs, Elisenshöhe, die alte Dampfmühle in rothem Lichte, vor allem die Cementfabrik in wechsenden Farben, die neue Dampfmühle, der Kalkofen, die Häuser Bredows an der Chaussee, dann wieder der Vulkan mit seinen Flammen und Feuerregen, der Arthursberg und der Regierungsbauhof, Möller und Holberg, die großen Holzhöfe Kreßmanns und seine herrliche Villa, die Holzhöfe der Wiek und der Logengarten, sie zauberten den Gästen Feenschlösser und Zaubergärten vor die Sinne und ließen die 2stündige Fahrt wie ein Märchen an ihnen vorüberziehen. Gewiß wird dieser Tag eine stete Erinnerung in den Gemüthern unserer Krieger zurücklassen von der ungetheilten Liebe, welche ihnen in das Feld gefolgt ist und welche sie mit offenen Armen in der Heimath wieder willkommen heißt.

*** **Alt-Damm,** 11. September. Heute hielt die vierte 12pfd. Fußbatterie des Königl. pommerschen Feld-Artillerie-Regiments No. 2, die voraussichtlich gleich wie vor dem Kriege hier einige Zeit bleiben wird, ihren Einzug. Sie wurde vor der Stadt von den Veteranen der Freiheitskriege, der alten Schützengilde, den Turnern und der Feuerwehr begrüßt; der Herr Bürgermeister Weiland, hielt nach stattgehabter Begrüßung eine zeitgemäße Ansprache an die heimkehrenden brav aussehenden Krieger, worauf der Einzug in die festlich geschmückte Stadt erfolgte. Ein solches Festgewand hatte die Stadt seit vielen Jahren nicht angelegt. Am Abend fand eine nach der Größe der Stadt uud der Wohlhabenheit ihrer Bürger wirklich große Illumination statt; ganz besonders zeichneten sich aber der Markt und die Langestraße aus. Ein Umzug der Turner und Feuerwehr durch die Stadt, dem sich die Soldaten angeschlossen hatten, endete den vom schönsten Wetter begleiteten Festtag, der gewiß noch lange in unserer Erinnerung bleiben wird. — Die Cholera ist als beendet zu bezeichnen.

†† **Pyritz,** 12. September. Gestern Mittag gegen 11 Uhr fand der feierliche Einzug des hier garnisonirenden Bataillons des 9. Infanterie-Regiments statt. Vor dem Stettiner Thore war eine Ehrenpforte errichtet, an welcher auf kleinen Tafeln die Namen der österreichischen Städte, wo Schlachten stattgefunden, verzeichnet waren. Auf dem Marktplatze, wo Magistrat und Stadtverordneten und Gerichtspersonen sowie die Schüler des Gymnasiums mit ihren Fahnen aufgestellt waren, wurde städtischerseits eine Ansprache an das Militär gehalten, welche von dem Kommandeur erwiedert wurde. Die Stadt war reichlich mit Guirlanden und Kränzen ausgeschmückt und am Abende fand große Illumination statt. Am Nachmittage hatten Offiziere und städtische Personen ein gemeinschaftliches Mittagsessen und war dazu für die Offiziere aus der Kämmereikasse der Betrag von 100 Thlr. ausgesetzt. Die Einholung geschah von der Schützengilde mit Musik.

Anclam. Am 13. d. Mts. Morgens 5 Uhr traf hier das Anclamer Landwehr-Bataillon ein, wurde einquartiert und wird wie wir hören, auch entlassen werden.

Vermischtes.

(Die französische Presse über deutsche Zustände.) Die Antwort welche Se. Majestät der König der Deputation aus Hannover ertheilte, durchlief bekanntlich in voriger Woche sämmtliche Zeitungen. Alle Blätter des In- und Auslandes brachten dieses ebenso interessante als wichtige Aktenstück in voller Ausführlichkeit und mit eingehenden Kommentaren. Deshalb ist man überrascht, in dem „Journal des Debats" vom 9. September an hervorspringender Stelle zu lesen: „Der König von Preußen hat soeben noch eine Rede gehalten. Er hat einer Deputation der Stadt Kassel, welches die Hauptstadt von Kurhessen ist, geantwortet ꝛc. ꝛc. Damit der Leser über die Nähe der Verwandtschaft durchaus nicht im Unklaren bleibe, erhält er die gediegene Belehrung, daß der Kurfürst von Hessen der Enkel des verstorbenen Königs Friedrich Wilhelm sei.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 12. September, Vormittags. Angekommene Schiffe: Pomerania, Fink von Sunderland; Ann Sarah, Goudie von Hartlepool, löscht in Swinemünde. 1 Schiff in Sicht. Wind: W. Strom ausgehend. Revier 15 F. — 12. September, Nachm. Bravo, Bohnenstengel von Middlesbro; Nordstern (SD), Wulff von Elbing. 1 Schiff in Sicht. Wind: SW. Strom ausgehend. Revier 15 F.

Börsen-Berichte.

Stettin, 13. September. Witterung: leicht bewölkt. Temperatur: + 15° R. Wind: SW. Barometer: 28".

An der Börse.

Weizen behauptet. loco pr. 85pfd. gelber nach Qualität 68—75 Rt. bez., eine Ladung weißer hinterpommerscher 72 Rt. bez., 83—85pfd. gelber September-Oktober 73, 72 3/4, 72 1/2 Rt. bez. u. Gd., Oktober-November 71 1/4, 1/2 Rt. bez. u. Br., November-Dezember 70 Rt. bez., Frühjahr 71, 70 3/4 Rt. bez.

Roggen fest, schließt ruhig, pr. 2000 Pfd. loco 46—47 Rt. bez., September-Oktober 46 1/4, 1/8, 46 Rt. bez., Oktober-November 45 1/2 Rt. bez., Frühjahr 45 1/2 Rt. Gd.

Gerste höher, loco pr. 70pfd. Oderbruch 41—42 Rt. bez., schles. fehlt.

Hafer loco pr. 50pfd. neuer 24—25 Rt. bez., alter 25—26 Rt. bez.

Winterrübsen loco 80—82 Rt. bez., September-Oktober 72 1/2, 3/4, 73 Rt. bez.

Rüböl unverändert, loco 12 1/3 Rt. Br., September-Oktober 12 1/8, Rt. bez., 12 1/6 Rt. Br., Oktober-November und November-Dezember 12 1/12 Rt. Br., April-Mai 12 1/4 Rt. Br.

Spiritus fest und höher, loco ohne Faß 14 23/24 Rt. bez., September und September-Oktober 14 5/12 Rt. bez., Oktober-November 14 1/6 Rt. Br, November-Dezember 14 1/8 Rt. Br., 14 1/12 Rt. bez, Frühjahr 14 3/4 Rt. Br., 14 2/3 Rt. Gd.

Angemeldet: 100 Wspl. Rübsen.

Hamburg, 12. September. Getreidemarkt sehr fest. Weizen pr. September-Oktober 5400 Pfd. netto 126 1/2 Bankothaler Br., 126 Gd., pr. Oktober-November 124 1/2 Br., 124 Gd. Roggen pr. April-Mai ab Königsberg 69—70 gefordert, pr. September-Oktober 5000 Pfd. Brutto 75 1/2 Br., 75 Gd., pr. Oktober-November 75 1/2 Br., 75 Gd. Oel pr. September 26 1/8, pr. Oktober 26 3/8—26 1/4, pr. Mai 26 1/2—26 3/8. Kaffee sehr ruhiger Markt. Zink vergebens 13 3/4 gefordert, keine Kauflust. — Wetter veränderlich.

London, 12. September. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen, Gerste, Bohnen, Erbsen und Hafer bei geringem Geschäft zu Preisen wie am vergangenen Montag verkauft. — Wetter veänderlich.

Beim Schluß des Blattes war unsere Berliner Depesche noch nicht eingetroffen.